



Versammlungsrecht

Leverkusener Brücke für 80 Demonstranten gesperrt?

Eine der wichtigsten Verkehrsstrecken des Landes soll lahm gelegt werden und unzählige Autos müssten umgeleitet werden. Da stellt sich die Frage, warum die Demonstration nicht verboten bzw. an einen anderen Ort verlegt wird.

Am 21. Juni wollten verschiedene Bürgerinitiativen mit rund 80 Teilnehmern auf der A1-Rheinbrücke gegen die Erweiterung der Brücke demonstrieren und stattdessen für eine Untertunnelung des Rheins werben. Für die Demonstration sollte die A1 in Richtung Dortmund vorübergehend (teilweise auch komplett) gesperrt werden. Hier stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit.

Inzwischen wurde die Demonstration seitens der Kölner Polizei abgesagt, da diese hinsichtlich der Sperrung große Bedenken hat. Offenbar hat die Polizei ein Einsehen gehabt und diese Demonstration verboten – das ist sehr zu begrüßen. Jetzt heißt es jedoch: Konsequenz bleiben! Sonst werden bald vielleicht auch Flughäfen und Bahnhöfe aufgrund von Demos lahm gelegt. Näheres: <http://kurzlink.de/GG150617>.

Verteidigungspolitik

Spannende Diskussion mit Ministerin von der Leyen



Bei der vierten Tagung der Projekt- und Parteireformgruppe „CDU 2017“ in Berlin ergab sich für mich als Bundeswehrbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion die Gelegenheit, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu treffen.

Dabei ging es nicht nur um die aktuellen außenpolitischen Krisen wie z.B. in der Ukraine und dem Irak, sondern auch um die momentane und zukünftige Ausrichtung und Finanzierung der Bundeswehr sowie um die Nachwuchsgewinnung für die Streitkräfte. Es war eine interessante Debatte. Ich bin zuversichtlich, dass für die Bundeswehr und unsere Sicherheit weitere Verbesserungen geschaffen werden.

Jugend-Landtag

„Man muss sich nur engagieren“

Vom 11. bis 13. Juni übernahm Kim Allendörfer meinen Stuhl im Düsseldorfener Parlament. Im Rahmen des 7. Jugend-Landtags bekam die junge Frau aus Wesseling die Chance, Politik in ihrer gesamten Vielfalt live zu erleben und mitzugestalten.

„Wenn man etwas aussagen möchte, muss man sich nur engagieren und etwas tun“, so die 18-Jährige. Die am Jugend-Landtag teilnehmenden Jugendlichen aus ganz NRW waren eingeladen, das politische Geschehen im Landtag nachzuvollziehen. Wie die gewählten Politiker diskutierten, berieten und entschieden sie über aktuelle Themen. Auf der Tagesordnung standen eine gerechte Vergabe der Studienplätze und das Lernen von alltäglichen Kompetenzen, wie zum Beispiel das Erstellen von Steuererklärungen.

Die Beschlüsse der jungen Parlamentarier werden dem echten Landtag vorgestellt und die Abgeordneten beschäftigen sich mit ihren Ideen. Mehr dazu: <http://kurzlink.de/GG150615>.

